IMT Nuremberg Archives

H – 3286

International Court of Justice

H3286 - 0002

OFFICE OF CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES

EVIDENCE DIVISION

Date : 22 July 1948

I certify that Document Number R-36 was introduced into evidence as Exhibit Number USA-699 in the Trial by the International Military Tribunal of Hermann GOERING, et al, which commenced on 20 November 1945, and that the attached photostat is a true and correct copy of the original.

Fred Niebergall

Fred NIEBERGALL
Chief, Document
Control Branch,

H3286 - 0003

C E R T I F I C A T E

I hereby certify that the annexed document R-36 No. USA-699 is a photostat of an original document submitted in evidence by the United States Prosecution under this number. The original document has been withdrawn in accordance with Rule 10 of the International Military Tribunal, and to the best of my knowledge and belief is to be held at the National Archives, Washington D.C. .

Nuremberg, 6 July 1948

Paul Joosten

PAUL A. JOOSTEN

General Secretary
International Military
Tribunal

Berlin, den 5.9. 1942

Herrn

Reichsminister

im H a u s e

/ In der Anlage überreiche ich eine Aufzeichnung mit Stellungnahme vom 19.8.42 meines Mitarbeiters Dr. Markull zum Bormann-Brief vom 23.7.

Ich darf bitten, die Aufzeichnung als persönlich überreicht zu betrachten und sie wegen des ernsten Inhalts mir wieder persönlich zurückzugeben. Die angeschnittene Frage ist für unsere gesamte Ostpolitik von so grundsätzlicher Natur, dass ich glaube, sie Ihnen nicht vorenthalten zu dürfen.

Ribbentrop

095299

H3286 - 0004

Geheime Reichssache

Berlin, den 19. 8. 42

Zum Bormann-Brief

Am 23. 7. 42 hat Reichsleiter Bormann ein Schreiben an den Minister gerichtet, das in 8 Punkten die Grundsätze wiedergibt, die der Minister in den besetzten Ostgebieten durchführen soll. Der Minister hat daraufhin in einer Meldung an den Führer vom 11. 8. 42 eingehend erläutert, inwieweit diese Grundsätze schon jetzt verwirklicht bzw. der verfolgten Politik zugrundegelegt würden.

Wer diesen Briefwechsel liest, dem fällt als hervorstechendes Merkmal die vollkommene Übereinstimmung der Auffassungen ins Auge. Dem Minister sind offenbar 2 Punkte besonders wichtig gewesen: der 1. betrifft die Sicherung der deutschen Herrschaft gegen den slavischen Volksdruck, der 2. die unumgänglich nötige Vereinfachung der Verwaltung. Hier handelt es sich in der Tat um entscheidende Fragen, auf die noch näher eingegangen werden muß.

Im übrigen erhebt der Minister nicht nur keinerlei Einwendungen gegen die Grundsätze oder auch nur die Formulierungen Bormanns, er nimmt sie vielmehr zur Grundlage seiner Antwort und bemüht sich um den Nachweis ihrer Verwirklichung. In einer Abteilungsleiterbesprechung jedoch, in der das Bormannsche Schreiben von Hauptmann Zimmermann mitgeteilt wurde, erhoben sich sofort schwere Sorgen sowohl wegen der Formulierung wie auch wegen der künftigen Ausrichtung unserer Ostpolitik. Um die Berechtigung dieser Sorgen zu prüfen, geht am besten von einer Fiktion aus, die deutlich zeigt, wie die Lage ist.

I.

Man nehme an, das Bormannsche Schreiben ginge als Ministerialerlaß an die Reichskommissare. Da der Minister ja anscheinend die gleichen Anschauungen hat, ist diese Annahme keineswegs unwirklich. Da das Ostland ein Sonderfall ist und im übrigen die Ukraine politisch auch das wichtigste Gebiet sein bzw. werden dürfte, soll vorwiegend von den dortigen Verhältnissen ausgegangen werden.

H3286 – 0005

H3286 - 0006

1. Die Wirkungen eines solchen Ministerialerlasses zeigen sich am klarsten an den Menschen, die ihn in die Praxis umsetzen sollen. Gerade der hier unterstellte Erlaß aber würde besonders wirkungsvoll und meinungsbildend sein, aus Gründen, die noch zu erörtern sind. Denkt man sich die Formulierungen des Bormannschen Schreibens übersetzt in die Sprache eines Angehörigen der deutschen Zivilverwaltung, so kommen etwa folgende Anschauungen heraus:

"Die Slaven sollen für uns arbeiten. Soweit wir sie nicht brauchen mögen sie sterben. Impfzwang und deutsche Gesundheitsfürsorge sind daher überflüssig. Die slavische Fruchtbarkeit ist unerwünscht. Sie mögen Präservative benutzen oder abtreiben, je mehr desto besser. Bildung ist gefährlich. Es genügt, wenn sie bis 100 zählen können. Höchstens die Bildung, die uns brauchbare Handlanger schafft, ist zulässig. Jeder Gebildete ist ein künftiger Feind. Die Religion lassen wir ihnen als Ablenkungsmittel. An Verpflegung bekommen sie nur das Notwendige. Wir sind die Herren, wir kommen zuerst."

Diese Sätze sind keineswegs überspitzt. Sie werden vielmehr Wort für Wort vom Geist und Text des Bormann-Briefes gedeckt. Schon hier erhebt sich die Frage, ob diese Auswirkung im Reichsinteresse erwünscht ist. Es dürfte nicht zweifelhaft sein, daß diese Auffassung im ukrainischen Volk bekannt wird. Ähnliche Meinungen bestehen ja schon heute. Wer die Verhältnisse kennt, weiß, daß diese Auffassungen zum Teil wörtlich mit dem übereinstimmen, was die bolschewistische Propaganda als Meinung der Faschisten den Massen eingehämmert hat. Die politischen Auswirkungen davon liegen auf der Hand.

2. Indessen bedarf es der zu 1. gemachten Annahme gar nicht. Die oben genannten Ansichten über unsere Stellung im Osten sind schon jetzt lebendige Wirklichkeit.

Der Reichskommissar für die Ukraine hat in drei aufeinander folgenden Reden, bei der Eröffnung des Deutschen Hauses am 16.4.42, zum Geburtstag des Führers und zur Errichtung des Parteibereichs seine Auffassung über das von ihm regierte ukrainische Volk dargelegt. Er hat dort und auch sonst mehrfach erklärt, dies Volk stünde tief unter uns und solle Gott danken, daß wir es am Leben ließen. Wir hätten es befreit, dafür hätte es jetzt

H3286 - 0007

kein anderes Ziel zu kennen als für uns zu arbeiten. Irgendeine menschliche Gemeinsamkeit mit ihm gäbe es nicht. ~~Die g~~ Eine "weiche" Politik des Verständnisses käme nicht in Frage. Gebietskommissaren mit gutem Verhältnis zur Bevölkerung mißtraue er von vornherein. Die Berliner Politik mache er keinesfalls mit.

Diese Ausführungen seien kurz durch einige Redewendungen ergänzt, die jeder Besucher und Mitarbeiter der dortigen Zivilverwaltung aus eigener Kenntnis bestätigen kann. Sie sind der täglichen Erfahrung entnommen und zeigen besonders deutlich, wie gut der Boden für den Bormann-Brief vorbereitet ist:

"Genau genommen sind wir ja hier unter Negern" (Besprechung der Kulturabteilung April 42).

"Die Bevölkerung ist doch nur dreckig und faul" (Dies war eine Meinung aus dem Winter. Im Frühjahr waren dieselben Leute entgegengesetzter Ansicht)

"Wer bei mir Intelligenz verrät, wird erschossen" (Gebietskommissar Kreisleiter Becher, Gaiszin)

"Wir müssen es darauf anlegen, immer eine Gruppe gegen die andere zu hetzen" (Vor allem von der Polizei oft wiederholt)

"Wir holen hier nur heraus, was wir brauchen, das übrige kann verludern" (Von Wirtschaftsfunktionären geäußert)

"Bei allen unangenehmen Sachen muß das Odium auf die ukrainischen Rayonshefs fallen!" (Allgemeine Verwaltungsmaxime).

Hinzuzufügen wäre noch, daß z.B. der Kreisleiter Knuth, den der Gauleiter trotz schwerster Angriffe gegen seine geschäftliche Sauberkeit immer noch hält, zur Kiewer Frage im Gespräch erklärt hat, Kiew müßte durch Seuchen entvölkert werden. Es wäre überhaupt am besten, wenn der überflüssige Bevölkerungsteil verhungerte. Aus den gleichen Kreisen wurde die Sprengung des berühmten Lavraklosters, die trotz der Bewachung durch die SS ~~erfolgt~~, kurz nach dem Besuche Tisos erfolgte, durchaus begrüßt, da man ~~annah~~ irrigerweise annahm, dies Ereignis schwäche das ukrainische Nationalbewußtsein, während in Wirklichkeit das Gegenteil eintrat.

3. Es besteht jedoch in diesen Auffassungen in der Ukraine keine Einheitlichkeit. Man wird sogar sagen können, daß nur die persönliche Umgebung Kochs und die von ihm ausgesuchten Mitarbeiter diese Politik vertreten. Fast Alle Abteilungsleiter bei der Behörde in Rowno dagegen erklären mehr oder weniger offen diese Ansichten für unheilvoll

H3286 - 0008

und rückendavon ab. Im Gefühl dieser Gegnerschaft hat der Reichskommissar seinen Abteilungsleitern vor einigen Wochen in einer Besprechung erklärt, es gäbe unter ihnen zwei Gruppen, die einen arbeiteten offen gegen ihn, die andern täten es heimlich.

Vollends unter den Gebietskommissaren sind mindestens 80 % gegen die geschilderten Auffassungen. In vielen Besprechungen bei den Generalkommissaren ist von ihnen zum Ausdruck gebracht worden, daß man das Volk anständig und verständnisvoll behandeln müsse, daß es eine überraschend hohe kulturelle Begabung besitze, daß die Arbeitsleistungen gut seien, daß wir aber im Begriffe wären, ein kostbares Kapital an Dankbarkeit, Liebe und Vertrauen zu verwirtschaften. Man hört laufend Urteile wie die folgenden:

"Wenn diese Politik weitergeht, gibt es ein Unglück." -"Diese Scharfmacher ziehen uns nur den Haß der Ukrainer auf den Hals." "Wir stehen heut schon auf verlorenem Posten" usw.

Die falschen Auffassungen vom Herrenmenschentum sind im übrigen nur geeignet, die Disziplin der eingesetzten Männer zu lockern. So heißt es im Bericht des Generalkommissars Kiew März 42: "Es zeigt sich, daß bedauerlicherweise auch Strafsachen von Reichsdeutschen in größerer Zahl anfallen. Es ist zu hoffen, daß die Arbeit der Gerichte bald die nicht in die besetzten Ostgebiete gehörenden Elemente ausmerzen und dazu beitragen kann, daß an die Gesamthaltung eines jeden Reichsdeutschen im besetzten Gebiet allgemein erhöhte Anforderungen gestellt werden."
~~Ähnlich des~~

4. Aber nicht nur mit 80 % seiner Gebietskommissare und Sachbearbeiter, sondern auch mit den Erlassen des Ministers steht die geschilderte Politik des RKU in offenbarem Widerspruch. Der Erlaß vom 22. 11. 41 weist ausdrücklich darauf hin, daß man die Ukrainer nicht als Nigger ansehen oder gar behandeln dürfe. Der Erlaß vom 17.3.42 unterstreicht diese Weisung in versdhärfter Form. Der Erlaß vom 13.5.42 wendet sich gegen die Meinung, daß die Ukrainer überhaupt kein Volk seien und gegen einen falschen Herrenstandpunkt. Trotz einjähriger Bemühungen ist es indessen nicht gelungen, den offiziellen Geist des Reichskommissariats Ukraine zu ändern. Der überwiegende Teil des Verwaltungsführerkorps setzt seine Hoffnungen auf den Minister. Ein Ministerialerlaß im Sinne des Bormann-Briefes würde dort als ein vollkommener Wandel der Auffassungen angesehen und mit tiefer Depression und Schwinden des

H3286 – 0009

des Vertrauens aufgenommen werden.

Aber dieser Gegensatz zwischen Minister und Reichskommissar ist nicht nur in der Zivilverwaltung selbst, sondern auch in den Obersten Reichsbehörden bekannt geworden. Es haben zahlreiche Besuche von Angehörigen anderer Dienststellen in der Ukraine ~~etwa~~ wie im Ostland stattgefunden. Fast alle Besucher brachten die Überzeugung nach Hause, daß das Ministerium seine Politik dort nicht durchsetzen könne, und daß umgekehrt seitens der Reichskommissare, unter Hinweis auf die Stellung des Generagouverneurs Frank, das Ministerium für vollkommen überflüssig ~~erklärt~~ gehalten werde.

5. Es bedarf immerhin der Prüfung, ob eine Übereinstimmung der bisherigen Politik mit dem Bormann-Brief nicht insofern festzustellen wäre, als die angeführten Erlasse und sonstigen Weisungen des Ministeriums lediglich taktisch zu verstehen seien, während im Grunde die gleichen Auffassungen bestünden. Auch das Antwortschreiben des Ministers vom 11. 8. würde ja in die gleiche Richtung weisen.

Dem ist entgegenzuhalten, daß der Minister sehr wohl weiß, daß man einen Kontinent von dem Gewicht des russischen nicht mit politischen Taktiken und vorgespiegeltem Befreiertum, sondern nur mit einer staatsmännischen Konzeption neuordnen kann, die ebenso der ~~praktischen~~ politischen Lage wie der Würde des Reiches entspricht. Die immer wieder geforderte differenzierte Behandlung der Völker des Ostraumes geht davon aus, daß diesen Völkern nach der Befreiung vom Bolschewismus selbstverständlich ihr nationales und kulturelles Recht werden müsse. Ohne diese Voraussetzung dürfte die Abkehr vom russischen Reichsgedanken ~~auch~~ niemals zu erwarten sein.

Die bloß taktische Auslegung der Ministerpolitik verbietet sich aber auch wegen ihrer Inkonsequenz. Denn dann hätte niemals von Befreiung gesprochen werden dürfen. Es dürfte kein Theater offen bleiben, keine Fachschule, kein ukrainisches Universitätsinstitut arbeiten. Es dürften nicht, wie es gegenwärtig geschieht,

H3286 – 0010

ukrainische Künstler, Ärzte, Richter zu Kursen nach Deutschland geholt werden. Es dürfte keine ukrainischen, aber auch keine estnischen, lettischen und sonstigen fremdvölkischen Hundertschaften mehr geben. Alle Verbindung mit dortigen Gelehrten, Politikern usw. müßte sofort aufhören (auch im Generalgouvernement). Jeder persönliche Umgang wäre streng zu bestrafen (was allerdings die gesamte Verwaltung lahmlegen würde).
Die Neue Agrarordnung müßte bewußt hintertrieben, ihre Durchführung hinausgezögert werden, damit ihr nur der Aufstiegwille und das Bildungsstreben der Volksmassen gefördert werden kann. Außerdem ist noch zu überlegen, daß die Agrarordnung nach erfolgter Bodenaufteilung ebenfalls vor die Alternative Landmangel oder intensive Wirtschaft führt, und daß die einzig mögliche Lösung der intensiven Wirtschaft (noch mehr übrigens die andere der Eroberung weiteren Siedelbodens in Sibirien) ebenfalls die Hebung des Lebensstandards und enges Zusammengehen mit dem Volk voraussetzt. Vollends die Intelligenz müßte überall zurückgedrängt und insbesondere aus den Verwaltungsstellen entfernt werden, wo sie unnötig regieren lernt. Denn gerade sie begreift am schnellsten und heute schon, daß die Ukraine nur als Mittel zum Zweck ausgenutzt, nicht aber in ihrem Eigenleben gefördert werden soll. Damit ergibt sich die weitere Konsequenz eines ungeheuer vergrößerten Einsatzes deutscher Beamter usw. usw.

Aber auch das würde nichts helfen, da selbst bei Zugrundelegen der Bormannschen Weisungen aus wirtschaftlichen Gründen immer noch die Notwendigkeit einer gewissen Halbbildung bestehen bliebe, die auf kleinen Fachschulen, Lehrlingspressen und ähnlichen zweitrangigen Instituten eine gewisse einseitige Berufsschulbildung – mit der deutschen nicht zu vergleichen – heranzüchten müßte.
Hier dürfte der schwerste Rechenfehler der erwähnten taktischen Politik zu suchen sein. Es ist in der Politik nicht möglich, bei Halbheiten stehen zu bleiben. Der Konflikt wird offenbar werden. Er wurde es schon in aller Offenheit, als im Winter die Schulen geschlossen wurden. Selbst das Minimum also, was nach Streichung aller oben angeführten Maßnahmen übrig bleiben müßte, würde in sich den Keim zu einer in wenigen Jahren anwachsenden Widerstandsbewegung tragen. Die Partisanen sind heute, wie ausdrücklich betont sei, noch keine Volksbewegung. Man wird ihnen indessen diese Zukunft nicht absprechen können.

H3286 - 0011

6. Es ergibt sichalso folgende Lage: Das Bormannsche Schreiben kann offenbar,obwohl es aus dem Feldquartier stammt, nicht als Ministererlaßherausgehen, weil es die gesamte Politik des Ministers desavouieren würde. Verfolgte seine Politik eine großzügige Konzeption, so wird diese geradezu zerschlagen. Verfolgte sie nur eine bestimmte taktische Linie, so ist es auch damit vorbei, weil die Kochsche Opposition ~~in~~ diese Taktik schon seit Anbeginn abgelehnt und sabotiert hat. Hier muß nochmals auf die augenfällige Übereinstimmung zwischen den Auffassungen Kochs und den Weisungen des Bormann-Briefes hingewiesen werden. Es sei dahingestellt, ob diese Übereinstimmung ein Zufall ist. Das Ergebnis ist jedenfalls, daß Koch gegen den Minister Recht bekommen hat. Es ist nach aller Erfahrungnicht anzunehmen, daß das Bormannsche Schreiben mindestens seiner Tendenz nach den Reichskommissaren auf die Dauer unbekannt bleiben wird. Damit erhebt sich die Frage, obdiese Entwicklung hingenommen und ob es mit der Meldung an den Führer vom 11. 8. 42 sein Bewenden haben kann. Diese Frage kann nur vom Minister selbst entschieden werden.

Immerhin sind folgende Überlegungen von Nutzen: seit der Gründung des Ministeriums, die unter dem Grundsatz möglichster Konzentration und Führungseinheit geschah, hat dieser Leitidee entgegen ein immer steigender Machtverlust stattgefunden. Das in der Praxis entscheidend wichtige Verhältnis zur Polizei ist zum Nachteil der Zivilverwaltung entschieden, womitdie Einheit der Führung beim Gebietskommissar aufgelöst ist. Die höheren SS- und Polizeiführer lehnen esab,den Generalkommissaren die normalen Ehrenrechte wie Meldung udgl. zu weisen, In allen technischen Dingen entscheidet Speer. Die Landwirtschaft ist eine Abteilung des Ernährungsministeriums und des Vierjahresplans, Forst-und gewerbliche Wirtschaft desgleichen. Die volksdeutschen Fragen zieht immer mehr der Festigungskommissar an sich. In Propagandafragen ist ebenfalls keine Einigkeit der Dienststellen zu erreichen. ~~Si~~
Es kann nicht Wunder nehmen, daß nach dieser Entwicklung der Angriff der Obersten Reichsbehörden fortgesetzt und versucht wird, eine Kompetenz nach der anderen herauszubeißen. Daß unter diesen Umständen in den Berliner Dienststellen offen davon gesprochen wird, daß der Umbau des Ministeriums in einen bloßen Führungsstab zu erwarten sei, überrascht nicht weiter.

H3286 - 0012

Es ist hier nicht der Ort, auf diese Dinge näher einzugehen. Sie mögen vielmehr nur als der Hintergrund dienen, von dem sich die Notwendigkeit einer grundsätzlichen politischen Klärung umso schärfer abhebt. Das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete genießt um der Persönlichkeit seines Leiters willen in der Öffentlichkeit einen außerordentlichen Kredit. Es handelt sich dabei nicht um ~~das Gesicht~~ den Kredit eines gewandten ~~Ak~~ Taktikers oder rücksichtslosen Machtmenschen, sondern in richtigem Empfinden um das Vertrauen, das man in klare geistige Lösungen zu setzen pflegt. Auch bei den übrigen obersten Reichsbehörden beruht das Prestige des Ministeriums spezifisch auf dieser Grundlage. Die bisherigen Überlegungen zwingen zu dem Schluß, daß mit der Existenz des Bormann-Briefes diese Grundlage angegriffen ist. Die geschilderte organisatorische Lage wirkt auf die Gefährdung der politischen Linie daher doppelt zurück.

II.

Aus den bisherigen Ausführungen ergibt sich die Notwendigkeit einer Klärung, deren Form und Zeitpunkt dem Minister überlassen werden muß, der sich ja in seinem Schreiben vom 11. 8. 42 den besonderen Vortrag beim Führer vorbehalten hat. Immerhin gibt es einige Punkte, die der Klärung bedürfen.

1. Ohne an den Ausführungen des Reichsleiters Bormann irgendwelche Kritik üben zu wollen, muß doch darauf hingewiesen werden, daß die Formulierung seines Schreibens die Bedeutung des Einsatzes, um den es geht, nicht immer klar hervortreten lassen. Eine Wendung wie "schwungvoller Handel mit Verhütungsmitteln" sollte besser nicht in Verbindung mit dem Namen des Führers gebracht werden! Auch die Abruptheit ~~der sonstigen~~ einiger anderer Formulierungen - "Impfen der nichtdeutschen Bevölkerung keinesfalls in Frage", "keinesfalls höhere Bildung", "die Bevölkerung soll kein besseres Niveau bekommen," "keinesfalls deutsche Gesundheitsfürsorge" - dürfte der Schwere der hier auftauchenden geschichtlichen Fragen nicht voll entsprechen. An der Würde des Reichsbegriffs gemessen erscheinen derartige Formulierungen als Weisungen für die deutsche Ostpolitik vollends nicht zulässig.

2. Wie bei Erörterung der Auffassung des Reichskommissars Koch erwähnt wurde, wird von dieser Stelle eine besonders scharfe Agitation gegen die sog. "weiche" Politik getrieben. Jede verständnisvolle

095303

H3286 – 0013

politisch empfehlenswerte Rücksichtnahme auf berechtigte Empfindungen fremden Volkstums wird von dieser Seite sofort als Schwäche und Nachlassen des "Herrenbewußtseins" angeprangert. Auch diese Haltung aber gerät in dieselbe Unklarheit, die oben unter I.Ziff.5 bei der Frage der Taktik erörtert wurde, so wenn Koch sich im "V.B." vom 20. 8. 42 mit Stolz auf die Förderung des kulturellen und geistigen Lebens der Ukrainer beruft. Selbst von dieser Auffassung her ist also die völlige Nichtachtung fremden Volkstums unmöglich. Der unglückselige Herrenkomplex aber verbreitet selbst um einsichtsvolle Maßnahmen jenes Zwielicht geistiger Vorbehalte und taktischer Unaufrichtigkeit, das die zaristische Nationalitätenpolitik charakterisiert. Im übrigen ist es völlig unverständlich, woher die Sorge sich begründen will, wir könnten bei slavischen Völkern "durch irgendwelche Maßnahmen ein Herrenbewußtsein züchten". (Bormann-Brief, Punkt 5) Es ist ja doch wohl selbstverständlich, daß eine ukrainische oder estnische Gerichtsbarkeit oder Polizeigewalt selbst über den russifiziertesten Volksdeutschen undenkbar ist. Niemand kennt das deutsche Volk besser als der Führer. Er weiß genau, daß der Deutsche zuweilen die Neigung hat, zu anständig und sorglos zu sein. Er weiß aber auch, daß die Aufforderung zum Herrentum, wie sie von Rowno gehandhabt wird, nach aller Erfahrung gerade die schlechten Instinkte zu wecken pflegt. Gewisse Vorfälle aus dem Generalgouvernement (Kreishauptmann von Hirschfeld, Rittm. von Sahla) sind hier ein warnendes Beispiel. Es muß mit allem Nachdruck klargestellt werden, daß der deutsche Führungsstandpunkt selbstverständlich ist und seine ständiges mißtrauisches Überbetonen nur personalpolitische und sachliche Pannen hervorrufen kann.

3. Ein wichtiger Punkt, der unbedingt der Klärung bedarf, sind weiter die zahlreichen Geschichtsirrtümer, von denen aus die verschiedensten Stellen ihre Meinungen begründen. Die Tätigkeit der Unruh-Kommission war ein Segen. Aber auch in ihrem Bericht findet sich der verhängnisvolle Glaubenssatz, im Osten habe stets eine ~~ungeheure~~ dünne Herrenschicht über eine ungeheure dumpfe Masse geherrscht. Das ist historischer Unsinn, insofern als damit gleichsam mechanisch das Funktionieren des Gesetzes der kleinen Zahl bewiesen werden soll. Diese Herrenschicht hat vielmehr nur dann wirklich regiert, wenn sie vernünftig, d.h. mit klugem Eingehen auf die Wünsche der Massen,

H3286 – 0014

besonders der Bauern regiert hat. Es sollte darauf hingewiesen werden, daß seit dem Pugatschew-Aufstand bis in die jüngste Vergangenheit Rußland aus den Bauernunruhen nicht herausgekommen ist, sodaß z.B. in den letzten 80 Jahren die erwähnte dünne Herrenschicht vor Angst um ihr Leben in immersteigendem Maße ihre Güter verkaufte - und das unter dem System der Autokratie. - Weiter ist es verkehrt, zu meinen, diese Massen seien dumpf und unwissend. Jeder alte Kriegsteilnehmer von 1914 ist erstaunt über das Zurückgehen des Analphabetentums. Der historische Anschauungsunterricht der letzten 40 Jahre, von der weiteren Vergangenheit zu schweigen, tut ein übriges, um im Verein mit dem Realismus der bäuerlichen Natur diese angeblich dumpfen Massen zu sehr klaren politischen Schlüssen kommen zu lassen. - Weiter ist es falsch, zu meinen, die Intelligenz sei, wie es im Westen vielfach der Fall ist, volksfremd und lediglich klüngelhaft. Das ist richtig hinsichtlich der Theorien, die den Massen im allgemeinen völlig Hekuba sind, nicht aber hinsichtlich der Persönlichkeiten, die vielfach aus dem Bauerntum hervorgegangen sind und eine gefährlich Gabe haben, im kritischen Moment das Volk anzusprechen. Die völlige Mißachtung dieser Intellektuellen, wie sie von manchen Stellen propagiert wird, ist daher nichts weniger als "realpolitisch". Erinnert sei an die neueste Propaganda Banderas, der den Gauleiter Koch geradezu als seinen Schrittmacher betrachten darf. - Die Meinung, daß die Ukrainer kein Volk seien, die audh in diesem Zusammenhang gehört, ist in ihrem sträflichen Dilettantismus schon durch den Ministererlaß vom 13.5.42 beantwortet worden, scheint aber, wie die Bormannsche Wendung von den "sogenannten Ukrainern" es vermuten läßt, noch immer lebendig zu sein. Auch dieser Irrtum, der zugleich zum Konflikt geworden ist, bedarf der Klärung.

4. Nicht zuletzt aber gilt es, gegen einen falschen Begriff von sog. "Realpolitik" Stellung zu nehmen, der einer primitiv-materialistischen Machtvorstellung entspringt. Es scheint zuweilen, als ob der Kampf gegen das Versailler Diktat und die Erfahrung mit soviel ~~bru~~ nackter Brutalität und Niedertracht auch die deutschen Vorstellungen in verhängnisvoller Weise beeinflußt ~~würde~~ hätte. Gerade die Zeit nach Versailles aber ist ein eindrucksvoller Beweis für das Wirken geistiger Kräfte, insbesondere der nationalen Idee, von der auch das Ukrainertum zehrt, mag dieses Volk augenblicklich noch sodesorganisiert, unzuverlässig und zur Heranziehung wenig geeignet sein. Das dies

095310

H3286 – 0015

zur Zeit tatsächlich so ist, und daß es nicht zu vertreten wäre, auf die zum Teil ganz unsinnigen Wünsche des Ukrainertums etwa in den Denkschriften des ukrainischen Hauptausschusses vom ~~6.11.~~ 11. 6. 41 oder der U.N.O. vom 4.8. 42 einzugehen, sei ausdrücklich betont. Die Frage ist nur, ob man in überstürzter Schlußfolgerung zu einer rein herrschaftlichen Unterwerfungsmethode gelangt, oder ob man, wie es die ursprüngliche Konzeption des Ministers ~~Rosen~~ war, mit den Mitteln der großen Politik die Kräfte der verschiedenen Völker einspannt, für sich gewinnt und im Notfall gegeneinander einzusetzen in der Lage ist. Der Versuch dieser politischen Lösung des Problems wird allerdings durch eine Wendung wie "die sogenannten Ukrainer" im Keime erstickt. Wir kommen damit zu der Auffassung von der grenzenlosen slavischen Masse, die erst dadurch zu einer Gefahr wird, daß man den vom Großrussentum und von den Bolschewisten durchgesetzten zentralistischen Einheitsbegriff in ihr wach hält. Die in dem Bormann-Brief angedeuteten kleinen Mittel sind von den Bolschewiken in größtem Maßstabe eingesetzt worden, ohne auch nur im geringsten an die Geburtenkraft der slavischen Völker zu rühren. Sie werden wahrscheinlich in den Händen der deutschen Besatzung und Zivilverwaltung verbleiben. Die Seuchen werden ebenso wenig dem russischen oder ukrainischen Volkskörper etwas anhaben, werden sich aber verheerend auf die anderen Völker Europas auswirken. Die entscheidenden Gefahren des slavischen Geburtendrucks liegen nicht in der Zahl der Slaven sondern in einer falschen Ordnung der slavischen Völker. Das beste Mittel, eine slavische Gesamtordnung gegen uns zu erzeugen, dürfte die gemeinsame und einheitliche Unterdrückung der in einen Topf geworfenen Völker durch uns sein. Es geht aber nicht nur um die mangelnde Eignung materialistischer Machtmethoden sondern darüber hinaus um die innere Einstellung überhaupt. Die Bandera-Propaganda beweist, und wer als Verwaltungschef in der Ukraine gearbeitet hat, weiß das aus eigener Praxis, wie genau die breite Schicht der intelligenten ukrainischen Mitarbeiter die innersten Gefühle derdeutschen Hoheitsträger kennt und registriert. Diese Gefühle planmäßig auf mißtrauisch-verächtliches Abstandhalten ausrichten, bedeutet, daß auch sachlich vernünftige Maßnahmen, wie z.B. die Agrarordnung oder die von Koch in seinem "V.B." Artikel erwähnte Wiedereröffnung der Theater politisch wertlos gemacht werden. Diese Ausführungen gehen allerdings von der bisherigen allgemeinen Ansicht aus, daß es bei

A 095311

H3286 – 0016

bei dem herrschenden Menschenmangel und der Knappheit an Sicherungskräften, vor allem aber wegen der Notwendigkeit, die Landwirtschaft in Gang zu halten und noch Arbeiter für das Reich zu gewinnen, wünschenswerter sei, mit dem Volk als gegen es zu regieren. Die Tatsache, daß am 14. Juli sogar im Kriegsgebiet Rowno Partisanenkämpfe stattfanden bei denen wir Verluste hatten, – 1200 km hinter der Front – sollte uns zu denken geben.

III.

Die vorstehenden Ausführungen mögen sehr scharf erscheinen. Sie sind jedoch diktiert von Sorge und Pflicht. Der Führer selber hat einmal gesagt: "Ein Mensch, der eine Sache weiß, eine gegebene Gefahr kennt, die Möglichkeit einer Abhilfe mit seinen Augen sieht, hat die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, nicht in aller Stille zu arbeiten, sondern in aller Öffentlichkeit auf- und für seine Sache einzutreten." (V.B. vom 10. 7. 35) Diese Mahnung gilt umso stärker, wenn es sich um die Zukunft des Reiches handelt.

1. Die Zwangsherrschaft von Versailles mußte schon deswegen scheitern, weil ohne oder gegen das Reich eine europäische Ordnung nicht denkbar ist. Hinzu aber kam ihre Unaufrichtigkeit, die umso tiefer erbittern mußte, als sie dieselben Ideale verriet, für die angeblich so viel Blut vergossen und die auch Deutschland anzuerkennen bereit war. In Versailles triumphiert noch einmal jener sterile Materialismus der Macht, der auch Ideen nur unter dem Gesichtspunkt der Taktik zu begreifen vermag. Es genügt an die Sabotage des Minderheitenrechts bis zur Billigung der Mello Francoschen Assimilationstheorie zu erinnern, um zu erhärten, daß das Versailler Diktat nicht nur wegen seines Unrechts an Deutschland sondern vielleicht noch mehr wegen seiner moralischen Zerstörung Europas mit Schuld beladen ist.
Das Reich vertritt daher in diesem Kriege nicht nur seine eigene, sondern auch die Sache Europas. Dieses sein doppeltes Recht bedeutet gesteigerte Verantwortung, und diese moralische Verantwortung gibt heute, nach dem Fortfall aller sakralen Grundlagen, dem Begriff des Reiches seinen Gehalt. Zweifellos bedeutet die Verlagerung der Reichsidee von der transzendentalen auf die moralische Ebene eine Verengung, aber ebenso wohl ein Zusammenfassen der Kraft. Das Reich ist heute nicht mehr ein fragloser, sondern ein hochempfindlicher Wert, der sofort an Autorität verliert, sobald seine Moral eine taktische, rein egozentrische wird. Nicht minder aber ist ihm in ganz Mittel- und Ost-Europa eine einzig artige Gehorsamschance geboten, sobald es den

H3286 - 0017

alten Kaisergedanken verwirklicht, "ein gerechter Richter zu sein." Diese Verwirklichung kann heute nicht in den Formen irgendeiner germanischen Romantik, sondern nur unter Anerkennung der Ideen geschehen, deren Verwirklichung die Völker erhoffen. Die Anerkennung ihres völkischen und kulturellen Rechts ist dazu erste Voraussetzung. Die Größe der Völker spielt dabei keine Rolle; auch Serbien war klein, und vermochte doch soviel Unruhe zu erregen. Jene Anerkennung verlangt ferner, daß die Auseinandersetzung mit dem Slaventum nicht auf der Grundlage amtlich festgesetzter Minderwertigkeit sondern geachteter Andersartigkeit erfolgt. Generalgouvernement und Protektorat umschließen Völker, mit denen in absehbarer Zeit keine ehrliche Aussöhnung mehr denkbar ist. Schon von dort her drohen Gefahren, die allerdings eine rücksichtslose Härte erfordern. Die Millionenmassen der anderen slavischen Völker aber, die heute schon zum Reich gehören und seinen Charakter bestimmen, in die gleiche Todfeindschaft gegen alles Deutsche hineinzutreiben, würde die Verewigung des Versailler Denkens und der Randstaatenpolitik bedeuten. Der SS-Führer, Ministerialdirektor Dr. Best hat in der Festgabe für Heinrich Himmler diese Einsicht mit den Worten formuliert: "Wer eine Großraumordnung schaffen und erhalten will, muß der Großraumverwaltung das Ziel setzen, die Großraumvölker zu erhalten und zu fördern. Wer diese Völker nicht erhalten und fördern will, kann keine Großraumordnung schaffen. Vor einer verhängnisvollen Selbsttäuschung muß an dieser Stelle noch gewarnt werden: vor dem Wunsche, Helotenvölker zu besitzen und auszunutzen. Alle Vorbilder der Völkergeschichte richten warnende Fanale gegen diese Mißachtung der völkischen Lebensgesetze, die die Völker nur als selbständige Lebenseinheiten und nur als Selbstzwecke menschlichen Lebens kennen."

Ein föderative Ordnung im Ostraum, wie sie die dortigen Völker erträumen mögen, verbietet die politische Lage noch auf lange Zeit. Umso wichtiger wird die verwaltungsmäßige. Im Geist der Verwaltung realisiert sich das Reich. Der Grundgedanke der Verwaltung in den besetzten Ostgebieten aber kann nie und darf niemals der der Unterwerfung, sondern muß der Gedanke der Führung sein. Führen aber kann man nur, wen man achtet. Selbst in Indien, das von 370 Millionen gegenseitiger Feinde bevölkert ist, war die Mißachtung der Geführten der wirksamste Grund für Englands "verlorene Herrschaft".

H3286 – 0018

2. Der Grundsatz der Führung steht aber im Gegensatz nicht nur zur Unterdrückung sondern auch zur überorganisierten Verwaltung. Das bedeutet nicht, daß eine gründliche Kenntnis der Verwaltung entbehrlich wäre. Die lockererereform der Führung besonders über fremdvölkische Verwaltungsbehörden beherrscht vielmehr nur der, der seinen Kram versteht. Andernfalls wird besonders das Amt des Gebietskommissars von der auch in Deutschland bekannten Sekretärswirtsdhaft bedroht. Es wäre ein Irrtum zu glauben, die deutschen Hhheitsträger hätten bloß mit weißen Handschuhen zu repräsentieren, und brauchten sich um die Details der Verwaltung nicht zu kümmern. Wofür die preußischen Könige sich nicht für zu gut hielten, das werden die Gebietskommissare erst recht leisten müssen, wenn sie ihr Gebiet wirklich in der Hand haben wollen. Es mag sein, daß der Beamte vielfach zu einer mehr aktenmäßigen Tätigkeit neigt. Wer aber etwas davon versteht, weiß, daß dieser Vorwurf den Verwaltungsbeamten nicht trifft. Gerade er zeichnet sich von jeher durch Wendigkeit und die Gabe raschen Einarbeitens ~~aus~~ sowie den horror formularis aus. Sitz der Bürokratisierung in den Reichskommissariaten ~~ist~~ sind vor allem die Zentralstellen. Das Schwergewicht der Büroarbeit ruht unter ihnen auf den Generalkommissariaten, die auch den Gebietskommissaren nahe genug sind, um von ihnen heilsam beeinflußt zu werden. Die Behörden der Reichskommissariate aber sind nach einhelligem Urteil schon heute weit übersetzt. Geschäftsordnungsmäßig und selbst durch vereinzelten Beamtenabbau dürfte hier erfahrungsgemäß kaum etwas zu erreichen sein. Hier hilft nur radikaler Umbau, Zusammenlegen der Abteilungen, Streichen der Papierkontingente. Im einzelnen soll hier keine Kritik geübt werden. Wer die Verhältnisse kennt, kennt auch die Erbitterung der Gebietskommissare über die ~~verw~~ vielen verwaltungstechnischen Erlasse und ihre inbrünstige Hoffnung auf die Unruh-Kommission. ~~Nur~~ Erfahrungsgemäß wird gerade in den Zentralbehörden der meiste Bürokratismus ausgebrütet. Der Umbau der beiden Reichskommissariate in kleine Führungsstäbe muß daher weiter gefördert werden.

3. Hand in Hand damit muß eine verschärfte Auslese und Personalpolitik gehen. Gebietskommissare, die sich als religiöse Reformatoren fühlen und ausgerechnet den Volksdeutschen ihre Gottesdienste verbieten oder den Ukrainern Kirchengelder beschlagnahmen, sind ebenso wenig am Platz wie solche, die es für Sport erachten, persönlich eingebrachte Gefangene zu erschießen. Die Notwendigkeit ~~von~~ einer verschärften Rechtsprechung wurde bereits erwähnt. Sie wird auch im

H3286 – 0019

Lagebericht des RKU vom 15. 5. 42 zugegeben. Wichtiger aber ist die vorbeugende politische Ausrichtung, die disziplinäre oder gar strafrechtliche Eingriffe überflüssig macht. Diese Ausrichtung muß unter den Reichsgedanken und die schwere Verantwortung gestellt werden, die er verlangt. Es bedarf der Klarstellung, daß eine Großraumverwaltung, wie sie heute das Reich repräsentiert, nur in hegemonialer Form zu verwirklichen ist. Der Staatslehrer Tripel drückt dies mit den Worten aus, es genüge nicht, daß sich bei den Geführten "ein gehöriges Maß von Fügsamkeit entwickelt; ein solches läßt sich ja schließlich auch durch gewaltsame Mittel bewirken. Vielmehr bedarf es der Herstellung jener seelischen Annäherung, die eine Voraussetzung für Anhänglichkeit und Treue bildet. Es ist, wie bei jedem Führungsverhältnis, so auch hier von äußerster Wichtigkeit, daß der Geführte im Führer ein Vorbild an geistigem Vermögen, an sittlicher Kraft, an technischer Leistungsfähigkeit erblickt" (Die Hegemonie, S. 224). Was hier die Staatslehre fordert, wird in großartiger Form von dem japanischen Verbündeten in seinen neuen "Südgebieten" realisiert. Die Richtlinien der asiatischen Großraumverwaltung, die vor kurzem veröffentlicht worden sind, ("Auswärtige Politik", Juli-Heft 1942) geben für eine derartige Reichspolitik die klassischen Formulierungen. Die im japanischen Volkscharakter liegende Gefahr der Anmaßung, des Machtmißbrauchs, der mangelnden Achtung vor fremdem Volkstum wird hier mit einer Offenheit und von der höchsten amtlichen Stelle durch offenes Ansprechen gebannt, die als Zeugnis unbeirrbarer Sicherheit wirkt. Die realpolitische Auffassung, die sich hier ausspricht, ist der Konzeption des Ministers überraschend verwandt. Diese Konzeption durchzusetzen oder nicht durchzusetzen wird daher für das Schicksal des Reichsgedankens entscheidend sein.

H3286-0019A

(R-36)

H-3286

EXHIBIT U.S.A. ~~344~~ 699 (R-36)

Filed Jan. 14, 1946
Corporation
Secy.

INTERNATIONAL MILITARY TRIALS · NÜRNBERG ·

EXHIBIT U.S.A.

~~344~~ 699

(R-36)

A 095298

H3286 -0020

H3286-0021

16. Pages

H3286-0022

EXHIBIT U.S.A. 679 R-36